

JACQUES DELORS

„Mehr Integration in Eu

Der frühere Chef der EU-Kommission lobt Deutschlands Rolle bei der Reform der Währungsunion und legt den Briten den EU-Austritt nahe.

Das Interview führte **Thomas Hanke** in Paris.

Herr Delors, seit Mitte des Jahres scheint das Schlimmste der Euro-Krise hinter uns zu liegen. Wie stark oder wie schwach steht Europa heute da?

Alles hängt davon ab, wie gut die Regierungschefs die Wirtschafts- und Währungsunion konsolidieren. In dieser Hinsicht ist noch nichts entschieden. Um es mit einem Bild zu sagen: Die Feuerwehrleute können sich ausruhen, jetzt sind die Architekten gefragt. Aber daran mangelt es.

Auch in den beiden größten europäischen Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich?

Die Kanzlerin hat erst gebremst. In den ersten drei Jahren nach Ausbruch der Krise war sie so passiv, so zögerlich, dass es sogar Nicolas Sarkozy, der kein großer Europäer ist, zu viel wurde. Aber jetzt geht sie voran, weiter als die anderen Mitgliedstaaten. Leider hat Frankreich das noch nicht richtig verstanden.

Bis wann hat Merkel gebremst?

Bis Anfang 2012. Es war auch nicht einfach für sie. Ich bin keiner, der nur auf der Tribüne sitzt und sich das Spiel anschaut. Ich versuche, mich in die Spieler hineinzuversetzen. Frau Merkel hat lange gezögert, ich habe sie hart kritisiert. Aber in einem bestimmten Moment hat sie verstanden, dass Deutschland nur eine privilegierte Rolle in Europa behält, wenn sie als Kanzlerin vorausgeht - auch mit Schritten, die von der eigenen Öffentlichkeit nicht sofort verstanden werden. Sie hat eine wichtige Geste gegenüber Griechenland gemacht und außerdem gezeigt, dass sie die Wirtschafts- und Währungsunion institutionell stärken will.

Man hat aber nicht den Eindruck, dass es nun mit Riesenschritten vorangeht.

Nein. Ich sage Ihnen ganz offen: Mich beunruhigt, dass niemand die Vorschläge der Kanzlerin zur Stärkung der politischen Strukturen der Euro-Zone aufgreift. Sie hat viel angeboten, aber niemand reagiert darauf. Das macht mich besorgt. Und traurig.

In Europa scheinen nur wenige bereit zu sein, mehr Souveränität abzugeben.

Es geht nicht um einen vollen europäischen Föderalismus, sondern um ein System, in dem wirtschaftliche und monetäre Integration im Gleichgewicht sind und das die Völker kontrollieren können. Deutschland stellt zu Recht fest, dass die europäischen Strukturen nicht mehr effizient sind und nicht ausreichen, um die Sorgen der Deutschen zu entkräften. Auf dem letzten EU-Gipfel kam aber keine Reaktion von den anderen Ländern. Ich hoffe, Frau

Merkel lässt sich nicht entmutigen. Auch wenn einige Regierungen Angst vor einem neuen Referendum haben: Wir brauchen stärkere Strukturen, im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit, um das dauerhafte Bestehen der Wirtschafts- und Währungsunion zu sichern.

Mehr Europa, das war in der Vergangenheit eine positive Vision. Heute dagegen fassen viele Europäer das wie eine Bedrohung auf.

Das ist ein berechtigter Einwand. Valéry Giscard d'Estaing hat vor kurzem gesagt, dass die Krise nicht durch den Euro hervorgerufen wurde, sondern durch die Dummheiten der Regierungen. Ich habe ihm geantwortet: Diese Dummheiten wurden jedoch von einem falschen Verständnis der Wirtschafts- und Währungsunion und von mangelnder Wachsamkeit des Euro-Rates begünstigt.

Eine überraschende Folge der Euro-Krise ist, dass die Euro-Zone zum eigentlichen Machtzentrum wird - zulasten der EU. Die 17 Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion müssen aufpassen, dass sie die anderen zehn, bald elf, nicht vergessen. Alle Mitgliedstaaten müssen überzeugt sein, dass das Europa der 27 - demnächst 28 - zählt.



Jacques Delors: Erfolgreicher Kämpfer für die europäische Einigung.

“

Natürlich brauchen wir eine solidarische Integration. Aber das bedeutet nicht, dass es einen Zahlmeister für alle gibt. Deutschland ist bereit zu einer echten politischen Konsolidierung. Jetzt sind die anderen am Zug, vor allem Frankreich.

“

Wenn die Briten den Trend zu mehr Integration in der EU nicht ertragen, können wir trotzdem Freunde bleiben, aber auf anderer Basis.

Wie kann man ihnen dieses Gefühl vermitteln?

Die EU bleibt die Gemeinschaft, die auf gemeinsames Recht, auf den Binnenmarkt und den Zusammenhalt gegründet ist. Man muss das aber erklären. Weil alle mit der Euro-Krise beschäftigt sind, vergessen die Politiker das größere Europa, die EU. Ihr Organisationsmodell wird nach wie vor von vielen anderen Ländern in Lateinamerika, in Asien und in Afrika als Vorbild angesehen.

Ist Europa nicht wegen seiner Probleme mit der eigenen Währung in Verruf geraten als Auslöser einer weltweiten Finanzkrise?

ropa? Dann los, Frau Merkel!“

“

Unsere Regierungen sollten mehr konstruktive Visionen entwickeln. Darin sind sie derzeit zu schwach, mit Ausnahme von Frau Merkel.



Die Finanzkrise haben die USA ausgelöst, der Euro hat aufgrund bestimter Schwächen nur dazu beigetragen.

Es ist nicht ganz einfach, die Stärken der EU herauszustellen, wenn ein großer Mitgliedstaat wie Großbritannien schon mit einem Fuß aus der Tür ist. Den Briten geht es allein um ihre Wirtschaftsinteressen, um mehr nicht. Man könnte ihnen eine andere Art von Partnerschaft vorschlagen.

Sie wollen sagen: Großbritannien muss nicht Mitglied der EU sein?
Wenn die Briten den Trend zu mehr Integration in der EU nicht ertragen, können wir trotzdem Freunde bleiben, aber auf anderer Basis. Ich könnte mir eine Form wie den Europäischen Wirtschaftsraum vorstellen oder ein Freihandelsabkommen.

Noch mal: Großbritannien wäre nicht mehr Mitglied der EU?
Nein. Aber ein privilegierter Partner. Großbritannien ist strategisch und wirtschaftlich wichtig, aber das sind andere Länder auch. Wir müssen auch an Indien und China denken. Unsere Regierungen sollten mehr konstruktive Visionen entwickeln. Darin sind sie derzeit zu schwach, mit Ausnahme von Frau Merkel.

VITA

JACQUES DELORS

Überzeugter Europäer Der 1925 in Paris geborene Jacques Delors stieg in der französischen Politik bis zum „Superminister“ für Wirtschaft und Finanzen unter Präsident François Mitterrand auf, bevor der Sozialist im Januar 1985 Präsident der damaligen EG-Kommission wurde, der er zehn Jahre lang vorstehen sollte. Schon früh setzte sich der Jurist und Ökonom für eine stärkere Integration Europas ein und trieb unter anderem die Vollendung des Binnenmarktes voran. Auch die Vorarbeiten für die Wirtschafts- und Währungsunion, die im Vertrag von Maastricht mündeten, hat er – gegen britischen Widerstand – entscheidend vorangetrieben.

Stiftungsgründer Auch den „Pensionär“ Delors ließ das Thema europäischer Einigungsprozess nie los. So gründete er 1996 die Stiftung „Notre Europe – Institut Jacques Delors“, die mit Studien und Seminaren die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union belebt.

Sie haben als Kommissionspräsident die Deutschen aufgefordert, selbstbewusster aufzutreten. Heute sagen viele Europäer, Deutschland beherrsche Europa. Das kann man nur sagen, wenn man einen Minderwertigkeitskomplex hat. Und der bringt niemanden weiter. Wie Deutschland auf den Aufstieg der Schwellenländer reagiert hat, das ist beispielhaft. Die Bundesrepublik stand mit der Integration Ostdeutschlands vor einem gewaltigen Problem, das sie bewältigt hat. Und sie hat sich unter Schröder modernisiert – auf etwas harte Weise, aber sie hat es geschafft.

Deutschland ist Ihnen nicht zu mächtig? Nicht Deutschland ist das Problem, sondern die Tatsache, dass andere Länder lieber den Kopf in den Sand stecken. Es gibt historische Situationen, in denen man politische Risiken eingehen muss. Als die Mauer fiel, habe ich gesagt: Ostdeutschland gehört zu Europa. Da war was los in Frankreich! Wenn heute die Kanzlerin die Integration vorantreiben will, muss die Antwort lauten: Dann mal los, Frau Merkel, lassen Sie uns konkret werden.

In Griechenland und Spanien sehen Sie eher eine andere Reaktion, da wird Merkel in Naziuniform abgebildet. Und viele Franzosen beklagen sich über ein deutsches Europa. Sind die alten Dämonen erwacht? Sicher, die Demagogie wird stärker. Aber wenn manche Griechen und Spanier den Deutschen die Schuld an ihrer Lage geben, täuschen sie sich. Ihre eigenen Regierungen haben den Karren in den Dreck gefahren, und die einfachen Bürger müssen ihn jetzt rausziehen. Das darf man nicht vergessen. Europa befreit niemanden davon, seine Hausaufgaben zu machen. Das Motto ist eher: Hilf dir selbst, dann hilft dir Europa.

Selbst die Bürger in Südeuropa, die das verstehen, sagen aber: Treibt die Sanierung nicht zu weit, lasst uns Luft zum Atmen. Mich trifft das Leid, das viele Menschen in Südeuropa jetzt ertragen müssen. In einer Suppenküche essen zu müssen, das ist schrecklich. Aber grundsätzlich gibt es nur eine Alternative, das ist der Austritt aus dem Euro und eine kräftige Abwertung. Dann wäre aber nach kurzer Zeit das Leid noch schlimmer.

Eine andere Möglichkeit ist, zumindest den Griechen einen weiteren Teil ihrer Schulden zu erlassen. Ja, ein Schuldenschnitt ist eine gute Idee. Aber erst sollten wir abwarten, was in den nächsten Jahren geschieht. Ein Teil der Schulden wurde schon gestrichen. Jetzt müssen die Griechen wirklich ihr Verhalten ändern. Niemand hat so viel Unsinn gemacht wie sie. Ich bin dafür, dass sie im

Euro bleiben, aber das hat seinen Preis, natürlich auch für die Griechen selbst.

In Deutschland fällt es schwer, sich einen Reim auf die Europapolitik von Frankreichs Präsident Hollande zu machen. Da müssen sie erstens bedenken, dass ungefähr die Hälfte seiner Wähler 2005 gegen den europäischen Verfassungsvertrag gestimmt hat. Und zweitens ist es Frankreich immer schweigefallen, auf Souveränitätsrechte zu verzichten. Unsere republikanische Monarchie denkt immer noch nostalgisch an ihre vergangene Größe zurück.

Halten Sie einen Kompromiss für möglich zwischen Frankreichs Forderung nach mehr Transfers, einer teilweisen Vergemeinschaftung der Schulden und der deutschen nach mehr politischer Integration? Das kann man nur hoffen. Aber der Ball liegt bei Frankreichs Regierung. Natürlich brauchen wir eine solidarische Integration, wie Hollande sagt. Er hat im Übrigen eine Umorientierung der EU hin zu mehr Wachstum bewirkt. Aber das bedeutet nicht, dass es einen Zahlmeister für alle gibt. Wir benötigen eine Reform der Institutionen. Und das Gegengewicht zu einer Art von Wirtschaftsregierung muss dann eine parlamentarische Versammlung sein, gebildet aus den Abgeordneten der nationalen Volksvertretungen und des Europäischen Parlaments. Deutschland ist bereit zu einer echten politischen Konsolidierung. Jetzt sind die anderen am Zug, vor allem Frankreich.

Ist es denn richtig zu sagen: keine Vergemeinschaftung von Schulden, solange es keine weitgehende Integration gibt? Absolut, man kann nicht von einem Land verlangen, für alle einzustehen. Solidarität ja, aber unter der Bedingung, dass es eigene Verantwortung gibt. Um es auf eine knappe Formel zu bringen: Verantwortung drückt sich in Zahlungsfähigkeit aus. Man kann kein künstliches Paradies schaffen und sagen: Keine Sorge, ein oder zwei Länder zahlen für alle.

Zwischen der deutschen und der französischen Regierung läuft es derzeit nicht gut. Woran liegt das? Vor allem am schlechenden Nationalismus. Angst vor der Globalisierung, stärker werdender Populismus – da kommt viel zusammen.

Ist das deutsch-französische Tandem eine Sache der Vergangenheit? Nein, das ist es nicht. Die beiden Länder zusammen erzielen immerhin mehr als die Hälfte der europäischen Wirtschaftsleistung. Sie können zu zweit nicht Europa dominieren, aber sie müssen zusammenarbeiten. Mir ist wichtig, dass die Feier zum 50. Jahrestag der Elysée-Verträge keine Show wird – eine Messe ohne Glauben, wie die Katholiken sagen. Ich fürchte aber, dass es so kommt. Wir haben genug zu tun, genug Basisarbeit zu leisten. Sonst werden alle Nostalgiker wieder stärker, bis hin zu denen, die sich den Versailler Vertrag zurückwünschen.

Ist nicht heute die Sympathie der Franzosen für Deutschland viel größer als früher? Das stimmt, seit 15 Jahren hat sich was getan. Kein Volk ist bei den Franzosen so beliebt wie das deutsche.

Herr Delors, wir danken Ihnen für das Interview.



Jacques Delors mit Frankreich-Korrespondent Thomas Hanke in Paris.